

Deutsche Wirtschaft wächst kräftig - keine Anzeichen für Überhitzung

Deutsche Wirtschaft wächst kräftig - keine Anzeichen für Überhitzung
 DIW-Konjunktexperten prognostizieren für 2015 ein Wachstum von 2,2 Prozent, 2016 soll es bei 1,9 Prozent liegen - Kapazitäten wieder nahezu ausgelastet - Ausländische Absatzmärkte weniger wichtig als vor der Krise - Wachstumstreiber ist der private Konsum, gestützt auf guten Arbeitsmarkt - Überschüsse in den öffentlichen Haushalten weiterhin hoch - Die internationalen Risiken bleiben erheblich.
 Die deutsche Wirtschaft wird ihr derzeit kräftiges Wachstum zunächst fortsetzen und ihre Kapazitäten nahezu voll auslasten. Im laufenden Jahr soll sie um 2,2 Prozent und im kommenden Jahr um 1,9 Prozent wachsen, prognostizieren die Konjunktexperten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Anzeichen für eine Überhitzung sehen die Experten nicht, da wichtige Absatzmärkte wie der Euroraum und die chinesische Wirtschaft sich nur schwach entwickeln. Auch die Investitionen nehmen nur verhalten zu. Stattdessen werde der private Konsum durch kräftige Einkommenszuwächse und günstige Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt weiterhin Stütze des Wachstums sein. Trotz insgesamt günstiger Aussichten bleiben konjunkturelle Risiken bestehen: Die Finanzmärkte könnten etwa auf ein Wiederaufflammen der Krise im Euroraum, aber auch auf eine Verschärfung des Ukraine-Konflikts erneut mit erheblicher Anspannung reagieren.
 Wachstum in Deutschland mehr und mehr vom Konsum getragen
 Die deutsche Wirtschaft dürfte nach einem kräftigen ersten Halbjahr 2015 ihre Produktionskapazitäten nahezu auslasten und dann mit Raten zulegen, die ihrem Potenzialwachstum entsprechen. Getragen wird das Wachstum in erster Linie vom privaten Konsum, vor allem gestützt auf den Arbeitsmarkt, wo sich der Beschäftigungsaufbau fortsetzt. Für 2015 rechnen die Experten mit rund 300.000 zusätzlichen Jobs und einer Arbeitslosenquote von 6,4 Prozent, für kommendes Jahr mit rund 200.000 neuen Stellen und einer Quote von 6,1 Prozent. Die befürchteten negativen Beschäftigungswirkungen des Mindestlohnes sind bislang ausgeblieben. Die Löhne dürften weiter spürbar steigen und die Leistungsausweitungen im Bereich der Rentenversicherung sorgen vorübergehend für einen kräftigen Einkommensschub; beides kurbelt den Konsum zusätzlich an. Kaufkraftsteigernd wirke auch der deutlich gesunkene Ölpreis: Die privaten Haushalte werden nach DIW-Einschätzung die entstandenen Spielräume zumindest zum Teil für andere Konsumausgaben nutzen. Die Inflationsrate dürfte in diesem Jahr bei 0,5 Prozent liegen, im kommenden Jahr bei 1,2 Prozent.
 Die zuletzt kräftigen Bauinvestitionen werden, vor allem aufgrund sich eintrübender Renditechancen im Wohnungsbau, an Schwung verlieren. Auch die Investitionen der Unternehmen in Ausrüstungen legen - wegen der weiterhin eingetrübten Absatzperspektiven im Außenhandel - nur verhalten zu und bleiben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt unter dem Vorkrisenniveau. Die Exporte werden nach DIW-Einschätzung merklich steigen, wenngleich mit geringerem Tempo als in den Vorkrisenjahren. Im Umfeld der kräftigen Binnenkonjunktur ziehen die Importe ebenfalls spürbar an; deswegen dürfte der Außenhandel insgesamt nur wenig zum Wachstum beitragen. Wegen der stark gesunkenen Einfuhrpreise steigt der Leistungsbilanzüberschuss auf achteinhalb Prozent in diesem und im kommenden Jahr.
 Auch in den kommenden Jahren kräftige Überschüsse in den öffentlichen Haushalten
 Die Einnahmen des Staates expandieren kräftig. Die Entwicklung von Löhnen und Gewinnen lässt die direkten Steuern, der Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung die Sozialbeiträge und die kräftige Entwicklung des privaten Konsums die indirekten Steuern spürbar zunehmen. In beiden Jahren werden die öffentlichen Haushalte daher nach DIW-Schätzung mit deutlichen Überschüssen abschließen. Die Zeiten sich stetig verbessernder öffentlicher Finanzen sind aber wegen des gelockerten Ausgabekurses vorbei: In diesem Jahr liegt der Überschuss bei 15 Milliarden Euro, 2016 sind es eineinhalb Milliarden weniger. Vor allem die Transferausgaben und andere konsumtive Ausgaben nehmen weiter kräftig zu, die zusätzlichen Impulse bei den öffentlichen Investitionen sind geringer. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt liegt der Überschuss in beiden Jahren bei etwa einem halben Prozent.
 Weltwirtschaftliches Umfeld: Langsame Erholung in Europa und der Welt setzt sich fort
 Die Weltwirtschaft wird gemäß der Prognose der DIW-Konjunktexperten in diesem und im kommenden Jahr um jeweils etwa vier Prozent wachsen. Das Expansionstempo wäre damit weiterhin etwas schwächer als vor der Weltfinanzkrise, zieht aber im Vergleich zu den vergangenen drei Jahren merklich an. In einigen Industrieländern, insbesondere in den USA und dem Vereinigten Königreich, ist die Konjunktur robust. Stützend wirken neben der bis auf Weiteres expansiv ausgerichteten Geldpolitik auch die deutlich gesunkenen Ölpreise. Die Expansion in wichtigen Schwellenländern wie China oder Brasilien dürfte hingegen an Schwung verlieren. Im Euroraum bleibt das Wachstum niedrig; bei Raten von 1,3 Prozent im laufenden und 1,5 Prozent im kommenden Jahr kann er die Krise nur allmählich hinter sich lassen. Zwar steigt wegen der deutlich gesunkenen Energiekosten die Kaufkraft der privaten Haushalte. Vom Außenhandel sind aber - trotz des schwachen Euro - keine nennenswerten Impulse zu erwarten und die Investitionen dürften nur nach und nach anziehen: Zwar verbessern sich die Finanzierungsbedingungen; insbesondere in den Krisenländern steht für viele Unternehmen aber der Schuldenabbau weiterhin ganz oben auf der Prioritätenliste. Die sehr niedrigen Inflationsraten oder gar deflationäre Entwicklungen in einzelnen Ländern erschweren den privaten und öffentlichen Schuldenabbau und belasten die Konjunktur, da die Unternehmen mit geringen Preissetzungsspielräumen und die Regierungen mit bröckelnden Steuereinnahmen konfrontiert sind. Auch das neue Anleihekaufprogramm der Europäischen Zentralbank dürfte wegen des ohnehin bereits sehr niedrigen Zinsniveaus nur begrenzte Auswirkungen auf Konjunktur und Preisentwicklung haben.
 Erhebliche Konjunkturrisiken
 Die Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung bleiben aus Sicht der Berliner Konjunktexperten hoch: Sowohl politische Unstimmigkeiten über die Fortsetzung der Reformen in den Krisenländern des Euroraums als auch eine Zuspitzung im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine könnten zu Verwerfungen an den Finanzmärkten föhrenden. Gleiches gilt für eine plötzliche oder stärker als erwartete Anhebung der US-Leitzinsen, die zu Kapitalabflüssen aus den Schwellenländern und zu einer massiven Korrektur der Vermögenswerte in den Industrieländern föhren könnte. Speziell für den Euroraum besteht zudem weiterhin das Risiko eines Abrutschens in eine Deflation, die den Abbau der Schulden erschweren und damit dämpfend auf die Nachfrage wirken würde.
 KURZ GESAGT
 Marcel Fratzscher (Präsident des DIW Berlin): "Die deutsche Wirtschaft wächst wieder kräftig - dank des starken Arbeitsmarktes, aber auch der niedrigeren Energiepreise und des schwächeren Euros. Trotzdem ist die Welt eine andere als vor der Krise: Die Exporte spielen eine geringere Rolle, weil wichtige Absatzmärkte - vor allem der Euroraum - an Dynamik verloren haben. Zur immer größeren Stütze entwickelt sich dagegen der Inlandskonsum."
 Ferdinand Fichtner (Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik): "Die deutsche Wirtschaft bleibt auf Wachstumskurs. Für eine Überhitzung sehen wir zurzeit aber keine Anzeichen. Die Investitionen dürften - angesichts eingetrübter Absatzperspektiven auf den Exportmärkten und weiterhin hoher globaler Konjunkturrisiken - nur vergleichsweise moderat zulegen."
 Simon Junker (Deutschlandexperte): "Die Haushalte profitieren vorübergehend von den Leistungsausweitungen in der Rente und vor allem von den Einsparungen aufgrund der niedrigen Energiekosten. Ganz so kräftig wie derzeit wird der private Konsum also nicht bleiben - aber dank der guten Arbeitsmarktsituation und spürbarer Einkommenszuwächse wird er auch weiterhin deutlich zulegen."
 Kristina van Deuverden (Finanzexpertin): "Hohe Überschüsse in den öffentlichen Haushalten signalisieren erstmal ein richtig positives Bild. Das stimmt aber nicht ganz. Zum einen ist die Verschuldung in Deutschland nicht besorgniserregend. Zum anderen spiegeln die nominalen Zahlen nur einen Teil der Lage wider. Bereinigt um konjunkturelle Einflüsse ist der Überschuss sogar gesunken - und zwar zu einem großen Teil, weil Gelder nicht nachhaltig verwendet werden."
 d=htp://www.diw.de/2f6xcm%2fdetail.php%2f498763
 n=2f6xcm%2fdetail.php%2f498763>DIW Wochenbericht 11/2015
 Interview mit Ferdinand Fichtner (d=htp://www.diw.de/2f6xcm%2fdetail.php%2f498765
 n=2f6xcm%2fdetail.php%2f498765>Print und d=htp://www.diw.de/2f6xcm%2fdetail.php%2f498774
 n=2f6xcm%2fdetail.php%2f498774>Audio)
 d=htp://www.diw.de/2f6xcm%2fdetail.php%2f498755
 n=2f6xcm%2fdetail.php%2f498755>Prognose des DIW Berlin: Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (Abb. 1)
 d=htp://www.diw.de/2f6xcm%2fdetail.php%2f498757
 n=2f6xcm%2fdetail.php%2f498757>Prognose des DIW Berlin: Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (Abb. 2)
 d=htp://www.diw.de/2f6xcm%2fdetail.php%2f498753
 n=2f6xcm%2fdetail.php%2f498753>Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland (Tabelle)

Pressestelle
 Renate Bogdanovic
 Sabine Fiedler
 Sebastian Kollmann
 Mohrenstraße 58
 10117 Berlin
 Telefon: +49-30-897 89-249, -252 oder -250
 Telefax: +49-30-897 89-200
 Mobil +49-174-319-3131
 Mobil +49-174-183-5713
 presse@diw.de
 www.diw.de
 facebook.com/diw.de
 twitter.com/DIW_Berlin
 http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=590643" width="1" height="1">

Pressekontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

Firmenkontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

Das DIW Berlin ist das größte Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Es ist als unabhängiges Institut ausschließlich gemeinnützigen Zwecken verpflichtet und betreibt Grundlagenforschung und wirtschaftspolitische Beratung. 1925 wurde das DIW Berlin als Institut für Konjunkturforschung gegründet und erhielt einige Jahre später seinen heutigen Namen. Den Sitz hat es seit seiner Gründung in Berlin.